

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ein Auswandererdampfer gesunken.

Au der südamerikanischen Küste - 1300 Fahrgäste an Bord - Hunderte ertrunken

Rio de Janeiro, 26. Oktober.

Der Dampfer „Prinipeissa Masalda“ ist gesunken. Er hatte 1300 Fahrgäste an Bord.

Zu dem Untergang des italienischen Passagierdampfers Prinipeissa Masalda wird in hier eingetroffenen Funkprüchen weiter gemeldet, daß der Dampfer, der aus Genua kam, auf der Höhe von Bahia gesunken ist. Vier Dampfer sind an die Unglücksstelle geeilt, um die Schiffbrüchigen zu retten.

Nach bis heute früh eingegangenen Meldungen sind etwa die Hälfte der Passagiere des Dampfers Prinipeissa Masalda gerettet worden. Die an der Unglücksstelle befindlichen Schiffe sind mit der Bergung der Ueberlebenden derart beschäftigt, daß Einzelheiten nur spärlich einlaufen. Die Prinipeissa Masalda ist ein 12 000-Tonnen-Dampfer. Er gehört zu den neueren Schiffen der Gesellschaft.

Die Hälfte der Passagiere ertrunken.

Nach dem letzten Funkpruch hat der deutsche Dampfer „Athena“ 400, der englische Dampfer „Empire Star“ 200 und der französische Dampfer „Formose“ 120 Fahrgäste der untergegangenen „Prinipeissa Masalda“ gerettet. Ein zweiter englischer Dampfer hat sich ebenfalls an dem Rettungswerk beteiligt. Es liegt noch keine Meldung darüber vor, ob auch dieser Dampfer Schiffbrüchige aufgenommen hat.

Danach muß damit gerechnet werden, daß die Hälfte der 1300 Fahrgäste ums Leben gekommen ist.

Kesselexplosion!

Das Schiff war um zwei Tage verspätet, denn es hätte schon am 25. Oktober in Rio eintreffen sollen. Das Unglück hat sich kurz nach der Ausfahrt aus Bahia ereignet. Als Ursache des Unglücks wird eine Kesselexplosion angenommen, die durch das Aufstoßen auf ein Felsenriff erfolgt sein soll.

Die Opfer meist Auswanderer.

Rio de Janeiro, 26. Oktober.

Die Stelle, an der der große italienische Passagierdampfer Prinipeissa Masalda der Navigazione Generale Italiana untergegangen ist, liegt etwa 130 Seemeilen südöstlich von Bahia. Unter den Fahrgästen des Dampfers — insgesamt 1300 — befanden sich viele, die nach Argentinien auswandern wollten. Hunderte wurden in heldenmütiger, aufopferungsvoller Tätigkeit von der Besatzung der vier Schiffe, die auf die drahtlosen Hilferufe der Prinipeissa Masalda an die Unglücksstelle geeilt waren, gerettet.

Es wird vermutet, daß besonders viele Zwischendeckspassagiere mit dem Schiffe untergegangen sind.

Der Dampfer Formose, der 120 Schiffbrüchige aufnahm, wirkte mit den anderen zu Hilfe geeilten Schiffen zusammen. Viele Fahrgäste der Prinipeissa Masalda retteten sich in die Boote oder auf Planken, andere sprangen in Schwimmwesten über Bord. Es wird vermutet, daß der Untergang der Prinipeissa Masalda dadurch verursacht worden ist, daß das Schiff auf ein Riff aufstieß. Der brasilianische Kreuzer Rio Grande do Sul ist ausgelassen, um bei dem Rettungswerk Hilfe zu leisten.

An Bord des Dampfers befand sich auch der berühmte italienische Igrische Tenor der Metropolitan-Oper in New York, Gigli, dessen Schicksal noch völlig ungewiß ist.

Keine deutschen Passagiere an Bord.

Wie uns die Berliner Generalvertretung der Navigazione Generale Italiana auf Anfrage mitteilt, hat sie noch keine direkte Nachricht über die Schiffskatastrophe erhalten. Soweit der Berliner Generalvertretung bekannt ist, waren keine deutschen Passagiere an Bord der „Masalda“.

Der Untergang des italienischen Dampfers „Masalda“ weckt Erinnerungen an die Katastrophe des englischen Dampfers „Titanic“ im April des Jahres 1912. An einem Sonntag abend, es war der 14. April, stieß der Riesen-dampfer „Titanic“ auf seiner ersten Fahrt von Southampton nach New York, bei der er den Weltrekord in der Ueberfahrzeit brechen wollte, an der Küste von Newfoundland mit einem Eisberg zusammen. Etwa drei Stunden nach dem furchtbaren Anprall sank das Schiff, nachdem vorher noch die drahtlosen Notsignale von dem Dampfer „Carpathia“ aufgenommen worden waren. Die Hilfe kam aber zu spät, 1600 Personen fanden den Tod in den

Wellen. Sie wurden ein Opfer der Rekordsucht der White-Star-Linie, die unter allen Umständen das „Blaue Band des Atlantik“ erobern wollte. Es fiel damals besonders auf, daß die Zahl der geretteten Passagiere 1. und 2. Klasse gegenüber der Anzahl der geretteten Zwischendeckspassagiere außerordentlich groß war. Während von den Passagieren der 1. Klasse ein Drittel den Tod in den Wellen fanden, kamen von den Fahrgästen der 3. Klasse nicht weniger als fünf Sechstel um. In einem Bericht, der von einem Komitee der Ueberlebenden an Bord des Rettungsdampfers „Carpathia“ für die Presse ausgearbeitet worden war, hieß es damals nach der Versicherung, daß die Ueberlebenden von der „Carpathia“ mit der rührendsten Fürsorge und Freundlichkeit aufgenommen wurden,

„daß besonders der Mangel an ausgebildeten Seeleuten zur Besatzung der Boote und die ungenügende Anzahl von Offizieren auf der „Titanic“ mit dazu beigetragen habe, die Zahl der Opfer so hoch werden zu lassen. Das Komitee hielt es für seine Pflicht, die offiziellen Stellen darauf aufmerksam zu machen, daß auf modernen Passagierschiffen genügend Rettungsmittel vorhanden sein müssen und daß in den Rettungsboten Platz für sämtliche mitgeführten Passagiere bereitzuhalten ist. Das einzige Mittel, diese Be-

stimmungen einheitlich zu gestalten, sei die sofortige Einberufung einer internationalen Konferenz.“

Der Quartiermeister von der „Titanic“ sagte aus, daß der erste Offizier des Unglücksschiffes, als er auf der Kommandobrücke stehend den Zusammenstoß als unvermeidlich erkannte, seinen Revolver zog und sich erschoss. Nach der Aussage des Quartiermeisters fuhr die „Titanic“ mit einer Geschwindigkeit von 23 Knoten, das sind 41 Kilometer in der Stunde. Es war unmöglich, in dem dichten Nebel das Schiff zu stoppen, so daß es schließlich über den nur wenig aus dem Wasser hervorragenden Eisberg hinwegglitt und mitten auseinanderbarst.

Zwischen dieser furchtbaren Schiffskatastrophe und dem heute gemeldeten Unglück liegt der Krieg mit seinen ungezählten Todesopfern. Auch unter der nicht aktiv am Kriege teilnehmenden Bevölkerung forderte er seine Opfer. Am 7. Mai 1915 wurde an der Südküste von Irland die „Lusitania“, der große englische Dampfer der Cunardlinie von einem deutschen U-Boot versenkt, wobei 1134 Personen den Tod fanden. Er war am 1. Mai mit Passagieren von New York abgegangen und wurde, da er als bewaffneter Hilfskreuzer der englischen Marine angesehen wurde, torpediert.

Deutschlands Finanzlage.

Köhler rechtfertigt die Finanzpolitik des Rechtsblocks. — Günstige Reichsfinanzen trotz gewaltig gestiegener Ausgaben. — Die Reparationsdenkschrift bleibt geheim!

Die nicht nur in Beamtenkreisen, sondern von einer breiten Öffentlichkeit seit langem mit Spannung erwartete Ausschuhverhandlung über den Entwurf eines Besoldungsgesetzes hat heute vormittag im Ausschuh für den Reichshaushalt begonnen. Die Spannung war durch die Vorgänge in den letzten Tagen außerordentlich gestiegen. Der lautiende Widerspruch zwischen der Magdeburger Rede des Reichsfinanzministers Dr. Köhler auf dem Beamtentag am 11. September, in der er mit freigelegter Hand ein Füllhorn schönster Versprechungen vor den freudig erregten Beamtenvertretern ausschüttete und seiner Rede bei Einbringung der Vorlage Ende voriger Woche im Reichstag, wo er klagend und kläglich einen Rückzug antreten mußte, der Brief des Generalagenten für Reparationszahlungen an den Reichsfinanzminister mit seinen merkwürdigen Begleitumständen, um die die Reichsregierung einen geheimnisvollen Schleier zu weben beflissen gewesen ist, der nicht mehr zu verulshende Gegensatz zwischen breiteren Kreisen der Zentrumsfaktion und Dr. Köhler, der Widerspruch Bayerns und der Bayerischen Volkspartei gegen die Weigerung Dr. Köhlers, durch entsprechende Aenderung des Finanzausgleichs die Lasten der Besoldungserhöhung auf die Reichskasse zu übernehmen, sowie schließlich die Unsicherheit der Reichsregierung über die Ausbringung der benötigten Mittel in den kommenden Jahren — all diese Umstände erklären voll auf die vorhandene Erregung.

Gegenüber diesen grundsätzlichen und wichtigen Gesichtspunkten, die in der gegenwärtigen innen- und außenpolitischen Lage Deutschlands im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen, treten die Einzelheiten des vorgelegten Entwurfes eines Besoldungsgesetzes zunächst an Bedeutung zurück. Der Ausschuh beschloß dann auch im allseitigen Einverständnis, zuerst in eine allgemeine politische und finanzielle Aussprache einzutreten.

Schon rein äußerlich zeigte der große Saal, in dem die Sitzungen des Haushaltsausschusses stattfinden, das Bild eines großen Tages. Von allen Ministerien waren sehr zahlreiche Vertreter erschienen. Die Länder waren durch ihre Reichsratsmitglieder fast lückenlos vertreten. Auch viele der in Berlin anwesenden Abgeordneten wohnten den Verhandlungen bei. Die sorgfältig vorbereitete Rede des Reichsfinanzministers, mit der die Aussprache eröffnet wurde, wurde mit größter Aufmerksamkeit angehört.

Die Erwartung, daß bereits diese Rede Köhlers Klarheit über die Absichten der Reichsregierung zur Besoldungsreform schaffen würde, ist nicht erfüllt worden. Köhler begnügte sich damit, die Notwendigkeit der Besoldungsreform noch einmal zu unterstreichen und sie als zwangsläufige Maßnahme hinzustellen, die als Folge früherer Unterlassungen unabwendbar geworden sei. Er knüpfte daran eine ausführliche Darlegung der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches und ihre Entwicklung im Jahre 1928. Im Gegensatz zu seinen überaus pessimistischen Schilderungen bei seinem Amtsantritt im Frühjahr 1927 vertrat er jetzt die Anschauung, daß die Lage der Reichsfinanzen im Jahre 1927 recht

günstig sei, daß mit Mehretrügen an Steuern in Höhe von 300 Millionen, mit Minderausgaben, insbesondere bei der Erwerbstätigenfürsorge, von 200 Millionen gerechnet werden könne, daß also insgesamt eine Verbesserung der Etatlage um eine halbe Milliarde zu verzeichnen sei. Von diesem Ertrag würde durch den Nachtragshaushalt, der außer dem Besoldungsmehraufwande auch gewisse Ausgaben für Liquidationsgeschädigte und Hochwassergefährden aufweist, so daß trotzdem noch mit einem Ueberschuh von rund 250 Millionen gerechnet werden könne. Auch der Etat für das Jahr 1928 wird, wenn auch unter gewissen Schwierigkeiten, gedeckt werden können. Köhler beschäftigte sich dann weiter sehr eingehend mit dem Verhältnis von Reich, Ländern und Gemeinden, ohne daß hierbei deutlich zu erkennen gewesen wäre, ob und welchen Standpunkt er zu diesem Kernproblem der deutschen Staatspolitik vertritt.

Minister Köhler hatte sich darauf beschränkt, rein finanzpolitische Erwägungen anzustellen. Genosse Dr. Hilferding verlangte außerdem eine Erörterung der wirtschaftspolitischen Lage Deutschlands und beantragte, dazu den Reichswirtschaftsminister Curtius und den Reichsbankpräsidenten Schacht zu laden. So wurde beschlossen und die Sitzung auf Donnerstag vertagt.

Zum Bericht über die Finanzlage nahm im Haushaltsausschuh des Reichstags das Wort

Reichsfinanzminister Dr. Köhler:

Die Einbringung der Besoldungsvorlage gibt mir Veranlassung, in großen Zügen ein Bild über die gesamte Finanzwirtschaft des Reiches zu geben. Ich kann das nicht tun, ohne einen Rückblick über die Entwicklung unserer Finanzen seit dem Jahre 1925 zu geben. Ich halte das für um so notwendiger, als in Kreisen des Inlandes wie auch des Auslandes Befürchtungen wegen der steigenden Tendenz unserer Ausgaben geäußert werden. Mir liegt daran, die Gründe darzulegen, die zu dieser Ausgabenerhöhung geführt haben, und die sich größtenteils — ich darf das vorweg sagen — als das Ergebnis einer zwangsläufigen Entwicklung erklären.

Die Entwicklung der ordentlichen und einmaligen Ausgaben seit 1924 bis 1927 ist folgende: Ich gebe hier bei den Jahren 1924 bis 1926 vom Rechnungsergebnis der verbliebenen Reste, beim Jahre 1927 vom Haushaltslo aus.

Es haben betragen im Jahre 1924 diese Ausgaben 4,3 Milliarden, im Jahre 1925 4,95, 1926 5,7, 1927 5,76 Milliarden Mark. Diese Entwicklung zeigt, daß

die Ausgaben von 1924 bis 1927 um rund 1 1/2 Milliarden Mark gestiegen

sind, wobei der stärkste Sprung mit rund 750 Millionen sich von 1925 auf 1926 vollzogen hat. Bei dieser gewaltigen Steigerung ist zu berücksichtigen, daß man das Jahr 1924 eigentlich nicht zum Ausgangspunkt oder Vergleichsjahr nehmen kann.

Die Verhältnisse waren damals noch nicht stabilisiert genug, um dieses Jahr als ein normales Etatsjahr erscheinen zu lassen. Und dann ein weiteres: Wir befinden uns seit 1924 im Zeichen des Wiederaufbaues der durch den Krieg und die Inflation zerstörten Güter. Zu dieser Wiederaufbauarbeit gehört auch die Sorge um das wertvollste uns verbliebene Gut, die Arbeitskraft des deutschen Volkes. Dieser Wiederaufbau hat in den vergangenen

Zahlen zu zwangsläufig steigenden Ausgaben geführt. Auch die von der Reichsregierung jetzt eingebrachten Vorlagen sind ein Teil dieses Wiederanbaues, und erst, wenn wir diese Entwicklung zu einem gewissen Abschluß gebracht haben, läßt sich von einem Normalstand sprechen, der keine weitere Ausgabenvermehrung zuläßt.

Lassen Sie mich für die vergangenen Jahre eine Uebersicht über die großen zahlenmäßigen Ausgabenvermehrungen geben: Die Ausgaben für Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorge haben betragen 1924 165 Millionen, in den folgenden Jahren 422, 698 und werden für das Jahr 1927 auf 615 Millionen geschätzt. Das bedeutet wieder eine gewaltige Steigerung der Ausgaben seit 1924. Niemand wird behaupten können, daß angesichts der hinter uns liegenden wirtschaftlichen Situation, insbesondere der Zeiten der furchtbaren Arbeitslosigkeit, diese Ausgaben etwa unnötig gewesen seien.

Die Ausgaben für die Reichsschuld sind von 1924 bis 1927 von 200 Millionen auf 486 Millionen, also um fast 300 Millionen gestiegen. Die Reparationszahlungen betragen 1924 nichts. Sie stiegen auf 146, 433 und im letzten Jahre auf 831 Millionen. Die Ausgaben für Versorgung und Ruhegehälter stiegen im gleichen Zeitraum von einer Milliarde auf 1,47 Milliarden, also um rund 400 Millionen. All das zusammen macht eine Mehrbelastung von über 2 Milliarden seit 1924.

Demgegenüber liegt ein allmähliches Abinken der inneren Kriegslasten von 999 auf 176 Millionen. Die Kriegslasten betragen insgesamt im Jahre 1927 über 3 1/2 Milliarden, etwas mehr als die Hälfte der gesamten Reichsausgaben oder pro Kopf der Bevölkerung 57 M., während die Gesamtausgabe des Reiches im Jahre 1913 den Kopf der Bevölkerung nur mit 41 M. belastete.

Die Steigerung der Ausgaben war zwangsläufig und keineswegs vermindert. Was man auch im einzelnen geringeren gefehlt haben, so handelt es sich im ganzen doch nur um die Aufbaumöglichkeit, die sich als Kriegsfolge ergab.

Die Beamtengehälter waren weit hinter der Vorkriegszeit zurückgeblieben.

Zahlreiche Beamte gerieten in Schulden. Es handelt sich jetzt bei der Beamtenbesoldung um Nachholung einer Unterlassung der vergangenen Jahre, um die Erhaltung der Arbeitskraft, der Arbeitsfreudigkeit, der Integrität des Beamtenstandes. Zum 1. April konnte man an die Lösung dieser Frage noch nicht herangehen, weil die Deckungsfrage noch nicht zu überlegen war.

Weshalb wie bei der Beamtenbesoldung handelt es sich auch bei den Kriegsschadenschulden um Nachholung einer alten Schuld. Als Gesamtblastung zu diesem Zweck — nicht wie im Ausland vielfach verbreitet wird, als jährliche Belastung des Staats — ist eine Milliarde vorgesehen. Was die Kosten der Schuldenlast betrifft, so lasse sie sich noch nicht überlegen, wenn man von 600 und mehr Millionen spricht, so sind das offensichtliche Ueberschreitungen. Außerdem wird eine Mehrbelastung durch das Schuldenjahr erst in drei Jahren eintreten.

Der Minister geht dann auf die Deckungsfrage über und erklärt, daß man wie 1927 auch noch 1928 ohne steuerliche Erhöhungen auskommen werde. Das Mehrertrögen aus den Steuern werde auch ohne Erhöhung der Sätze zur Deckung der Ausgaben ausreichen.

Im Jahre 1927 gestaltete sich die Finanzlage günstiger als der Etatannahme. Dafür führt der Minister eine Reihe schon bekannter Zahlen an. Sie zeigen fast durchgehend Mehrerträge gegenüber den Schätzungen des Etats. Eine Ausnahme macht die Erbschaftsteuer, die mit 100 Millionen eingebracht ist, im ersten Halbjahr aber nur 33 Millionen eingebracht hat, so daß man mit einem Gesamtertrag von 70 bis 75 Millionen rechnet. Das gesamte Netto-Mehr ist auf 300 Millionen zu schätzen.

Ersparnisse auf der Ausgabe Seite

gegenüber, die hauptsächlich wegen der günstigen Wirtschaftslage auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge erzielt werden, und die der Minister auf rund 200 Millionen Mark schätzt, so daß sich gegenüber dem Etat ein um rund 500 Millionen verbessertes Ist-Ergebnis herausstellt. In Abzug zu bringen sind davon die Forderungen des Nachtragsetats, hauptsächlich der Beförderungsordnung mit insgesamt rund 350 Millionen. Trotzdem kann mit einem Ueberschuß von rund 200 Millionen gerechnet werden.

Die außerordentlichen Ausgaben sind mit über 900 Millionen Mark bedauerlich hoch. Könnten sie auch vorläufig aus umlaufenden Mitteln gedeckt werden, so bleibt schließlich doch

Deutschnationale Wahlagitation.

Sie wollen ihren Kaiser wieder haben.

Der „Hindenburg-Gedanke“ der bürgerlichen Einheit gegen die Sozialdemokratie wurde, wie erinnertlich, vom Grafen Westarp zur deutschnationalen Wahlparole erhoben. Freilich stieß dieser neu auspolierte Sündenlader reaktionärer Demagogie in den Kreisen der Rechtsblockparteien auf Widerpruch, die sich noch nicht ganz als ausführende Organe der konservativen Mächte fühlen. Daher scheint man bereits langsam umzulertern. Jedenfalls hielt kürzlich auf dem Gauparteitag der Deutschnationalen in der Altmärk der Abgeordnete und Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“ Bäcker eine Rede, in der er sagte:

Die Tannenbergrede Hindenburgs, die die volle Zustimmung des Kabinetts gefunden hat, wäre nicht gehalten worden, wenn die Deutschnationalen nicht in der Reichsregierung gefesselt hätten. Selbstverständlich, daß wir die republikanische Verfassung nicht befechtigen mitten im Kampfe um das nackte Leben. Erst wenn der deutsche Wiederanbau geschaffen ist, dann erst wird hoffentlich das Werk mit der neuen deutschen Kaiserkrone getönt werden. Wer aber sorgt hierfür, wenn nicht der deutsche Mittelstand und Bauernstand. Herr Bäcker schloß seine Rede mit dem pathetischen Ausruf: Ein Volk, ein Reich, und so Gott will, ein Deutscher Kaiser.

Das ist zwar nicht sehr schön, dafür aber um so wahrhaftiger und daher ungewohnt bei einem richtigen Deutschnationalen. Man bekennt sich wenigstens trotz „Nichtlinien“, trotz des Verfassungsgeldes der Minister und trotz der Anerkennung der Reichsflagge zur Monarchie, die zu erreichen das wahre Ziel ihrer Koalitionspolitik ist. Die breiten Volksmassen werden auf diese verbesserte Wahlparole der Deutschnationalen die einzig mögliche Antwort geben.

Ehrhardt gegen das Reichswehrministerium

Er will den Schadenersatzanspruch wegen des Rapp-Putsch nicht anerkennen.

Vor der 26. Zivilkammer des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor v. Wedel-Pallow sagte heute vormittag Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt gegen den Reichsfiskus auf Feststellung, daß der Fiskus nicht berechtigt sei, ihn wegen der durch den Rapp-Putsch entstandenen Schäden in Anspruch zu nehmen. Bekanntlich hatte das Reichswehrministerium in einem Schreiben vom 12. August dem General v. Lütmich, Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt und Major Bischoff mitgeteilt, daß sie in

nur die Anleihe, die bei der gegenwärtigen Lage des Kapitalmarktes nicht möglich ist. Ein hohes Extraordinarium bedeutet eine Gefahr, die für den Etat von 1928 aufs äußerste bedrohlich werden muß. Dieser Etat wird eine Erhöhung von etwa 500 Millionen bringen, wovon 400 Millionen allein auf Reparationslasten entfallen. Auf der anderen Seite steht ein Minderbedarf auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge. Mit einem höheren Steuereinkommen kann auch für das nächste Jahr gerechnet werden. Wenn freilich eine Krise kommt, dann ändert sich das Bild.

Der Etat muß mit äußerster Sparsamkeit aufgestellt werden. Er verträgt keine neuen Belastungen, er darf auch kein Scheinetat sein, sondern muß soweit wie möglich der Wirklichkeit entsprechen. Das kann er natürlich nur dann, wenn nicht etwa ein katastrophaler Rückschlag in der Wirtschaft eintritt.

Deutschland hat keine große Weltbewerbspöde auf dem Weltmarkt noch nicht bestanden.

Die gegenwärtige Konjunktur ist vorwiegend eine Inlandskonjunktur. Auf dem Gebiet der Steuerpolitik muß die Tendenz der Steuererleichterung fortgesetzt werden. Das gilt nicht bloß für die Zölle, sondern auch für die eigentlichen Steuereinnahmen. Der Minister wendet sich dann dem

Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu und warnt davor, den Ländern ihre Selbstständigkeit zwangsweise zu nehmen. Nicht äußerer Zwang, sondern natürliche Wirtschaftsentwicklung müßte die notwendige Vereinfachung bringen. Dafür sei im Reich und in den Ländern schon viel ge-

nosser Höhe für den sehr erheblichen Vermögensschaden notwendig gemacht würden, der dem Reich durch den Rapp-Putsch erwachsen sei, an dem jene drei in führender Stellung teilgenommen hätten. Mit seiner Schadenersatzforderung rechnet der Reichsfiskus gegen die laufenden und rückständigen Pensionsansprüche jener drei Offiziere auf, und zwar werden unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der Geltendmachung weiterer Ansprüche zunächst der Schäden zur Aufrechnung gestellt, der der Reichskasse durch die von General v. Lütmich eigenmächtig und rechtswidrig veranfaßten Soldserhöhungen für die Reichswehr und für die Zeitfreiwilligen erwachsen sei. Der durch die Auszahlung dieser Gehältnisse entstandene Schaden betrage nach vorsichtiger Schätzung 6,3 Millionen Mark, für den die drei Offiziere in gesamtschuldnerischer Haftung in Anspruch genommen würden.

Ebenso wie Ehrhardt wird auch General v. Lütmich gegen diese Maßnahmen des Reichswehrministers den Rechtsweg beschreiten, doch ist hier das Verfahren noch in der Schwebe. In der heutigen Verhandlung vor der Zivilkammer trat für Kapitän Ehrhardt Rechtsanwalt P. Bloch, für den beklagten Reichsfiskus Rechtsanwalt Wiggloff auf.

Bulgarische Zustände.

Parteitagsdelegierte an der Teilnahme verhindert.

Sofia, 26. Oktober. (Eigenbericht.) Eine ganze Anzahl Delegierte zu dem gegenwärtigen in Sofia tagenden Kongreß der Sozialdemokratischen Partei ist von der Polizei noch vor der Abfahrt zu den Verhandlungen verhaftet oder sonstwie zurückgehalten worden. Der Kongreß legte gegen diese Uebergriffe der faschistischen Polizei schärfsten Protest ein.

Lästige Zaristen.

Estland will sich ihrer entledigen.

Reval, 26. Oktober. Der Außenminister erklärte Pressevertretern, daß sich in letzter Zeit eine Zunahme der politischen Intrigen in Estland bemerkbar mache, die den Zweck verfolgten, Estland internationale Schwierigkeiten zu bereiten. Namentlich die russischen Emigranten seien daran beteiligt. Daher richtet der Außenminister eine Warnung an die russischen Emigranten und erklärt, die estnische Regierung würde zur Verhinderung von Zwischenfällen vor seinen Maßnahmen zurücktreten.

sehen. Im Finanzvergleich, der sich jetzt erst im Stadium einer Zwischentlösung befindet, müßte zwischen allgemeiner Finanzierung und außerordentlichen Beihilfen streng unterschieden werden. Das Ausland halte die Zuwendungen an die Länder und Gemeinden für zu hoch. Diese selbst hielten sie für zu niedrig. Das Reich könne also hoffen, sich auf der richtigen mittleren Linie zu befinden. (Heiterkeit.)

Eine durchgreifende Kontrolle der Finanzwirtschaft der Gemeinden von Reichs wegen wäre nicht möglich.

Um 60000 Gemeinden unter Kontrolle zu halten, brauche man einen gewaltigen Verwaltungsapparat. Die eigentliche Kommunalaufsicht liege ja auch den Ländern zu, und das Reich könne nur eingreifen, wo Gefahr drohe. Der Minister verweist in diesem Zusammenhang auf das Einspruchsrecht des Reiches gegen die Steuern, die die eigenen Steuern des Reiches schädigen, und auf die Beratungskonferenzen für ausländische Anleihen. In ihrer Anleihepolitik müssen auch die Gemeinden auf die Gesamtsituation Rücksicht nehmen und sich mit ihren Anleihen auf solche beschränken, die wirklich unerlässlich und produktiv sind. Wenn Reich, Länder und Gemeinden in solcher Weise den Geboten der Sparsamkeit folgten, so foltere sie damit nicht äußerem Zwang, sondern der Erkenntnis der inneren Notwendigkeit. Das Reich sei entschlossen, das Londoner Abkommen loyal zu erfüllen, seine Jahresleistungen zu zahlen, dem Transferrormer keine Arbeit zu erleichtern. Es hoffe aber auch, daß die ganze Durchführung des Abkommens freis unter rein wirtschaftliche Gesichtspunkte gestellt werden wird.

Vor Tagesanbruch.

Von Alfred Werkmischka, Hamburg.

Seit zwei Uhr morgens stehen wir in langer Reihe an der Planke von Peterfens Fischwerk und warten auf Arbeit. Gedreht wie unter einer Last, die Hände tief in den Taschen unserer seuchten Kleider, stehen wir in den schlüpfrigen Schuhen, während ein feiner Regen unaufhörlich auf uns niederrieselt. Ein seuchter Nebel steigt über den Feldern, und ein lauer, träger Wind treibt einen unerträglichen Fischgeruch ins Land.

Endlos scheint die Zeit, bis wieder einmal in der Ferne die kleine, müde Glocke schlägt und den nahenden Morgen ankündigt. Ab und zu macht jemand einen Wip, der frampfhaft belacht wird, und dann harren wir schweigend weiter, dem dämmernden Tag entgegen.

Kurz vor vier kommt der Pförtner, ein alter, invalider Kämpfer, über den Feldweg gestapft. Er mustert uns freundlich, wohlwollend, wünscht uns einen guten Morgen und verschwindet durchs Tor. Gleich darauf flammt im Pförtnerhaus das Licht auf. Dann kommt das Maschinenpersonal und geht fern von uns durch das Maschinenhaus ins Werk.

Gegen fünf kommen die ersten Arbeiter über das Feld. Aufmunternde, hoffnungsvolle Worte fliegen herüber. Einige nicken nur, hassen schneit an uns vorüber, als erwecke unser Anblick trübe, unliebame Erinnerungen. Trupps junger Frauen und Mädchen ziehen heran. Schwägend, lachend kommen sie daher, mustern uns neugierig, lächernd, bedauernd — je nachdem. Und dann verfolgt der Strom langsam, die Sirene gellt auf, während einige Nachzügler heranjasen.

Inzwischen ist in allen Räumen das Licht aufgesteckt, und das Summen der Maschinen klingt zu uns herüber. Wir wechseln ungeduldig die Füße, und eine leise Unruhe bemächtigt sich unser. Jetzt leuchtet im Zimmer des Betriebsleiters das Licht auf. Die Messer kommen zur Konferenz. Nun fällt die Entscheidung. Wir fühlen nicht mehr die seuchte Kälte unserer Kleider, noch die schlüpfrige Nässe in den Schuhen. Die gespannte Erwartung läßt das Blut schneller fließen, und unsere Erregung ist so stark, daß wir die Köpfe senken und einander kaum anzusehen wagen. Unser Atem geht schwer, langsam.

Die Spannung wird unerträglich. Im Pförtnerhaus geht das Telefon, und die Zelle scheint endlos, bis sich das Tor öffnet und der Alte heraustritt. „Neun Mann!“ haucht er und sieht auf den Boden.

Der Bann löst sich. „Neun Mann!“ jagt es von Mund zu Mund bis nach hinten, und von dort beginnt die Reihe abzubücken. Schwägend biegen die Genossen in den Feldweg ein — heim. Eine lange Nacht vergebens gewartet und mit den alten Sorgen heim — kummervollen, enttäuschten Gesichtern entgegen.

Wir neun Mann stapfen still auf den Bloß. Wir verwinden

den unerträglichen Fischgeruch und die nüchterne Kälte der niedrigen, dunklen Arbeitsräume. In unserem Herzen ist nur Bloß für das eine, befreiende Gefühl: Arbeit!

Wir wissen, irgendwo im Ort harren geliebte Menschen unser, noch zweifelnd; aber bald werden sie unter Tränen wieder an das Leben glauben und die vergangene, hoffnungslose Zeit vergessen.

Und während wir die nasse Eisenrepppe zum Betriebsbureau hinaufsteigen, sehen wir in der Ferne einen Zug Männer dem Ort zustreben. Es sind die Brüder, die mit leeren Händen heimkehren, die auf einen glücklicheren Tag hoffen und denen heute unser ganzes Mitleid gehört.

Ein Freiluft-Zuchthaus.

Die Strafanstalt Bihwil, die 35 Kilometer von Bern entfernt gelegen ist, stellt eine neue Form des Strafvollzuges dar, die bisher zwar nur in Schweden und Amerika Nachahmung gefunden hat. Das 800 Hektar große Gebiet der Anstalt, das noch vor 40 Jahren eine wertlose Sumpflache war, ist heute bester Kulturboden und stellt den arbeitsfähigen landwirtschaftlichen Betrieb der Schweiz dar. Auch kostet diese Anstalt den Staat nichts, sondern erhält sich selbst, befreit noch ansehnliche Summen für bauliche Erweiterungen und konnte außerdem einen Betrag von über einer Million Franken zurücklegen. Dieses Zuchthaus, das in freier Luft liegt, hat keine Ringmauern und keine Zellen; es ist in erster Linie ein Landwirtschaftsbetrieb. Die der Luftenthaltung in einer solchen Anstalt auf Verdreher wirkt, das geht aus den Auserwählungen von Sträflingen hervor, die nach einem Urteil von Prof. Bruno Wilhelm in der „Auslese“ mitgeteilt werden.

Ein Mann, der zuerst in einem Zellengefängnis lag und dann nach Bihwil kam, sagte sein Urteil dahin zusammen, daß der Häftling im Zuchthaus erstens als Sträfling, zweitens als Arbeiter und drittens als Mensch behandelt werde, während man ihn in dem Freiluftzuchthaus zuerst als Arbeiter, dann als Mensch und zuletzt als Sträfling bewerte. Die Arbeit in der Zelle erstickt ihn als Quälerei. Ich mußte eine Zeitung in meiner engen, unhygienischen Zelle Papierfäden herstellen. Zur Ausführung dieser Arbeit hatte ich kein richtiges Gerät. Als ich einen Aufseher darauf aufmerksam machte, erhielt ich zur Antwort: „Es war immer so und muß so sein.“ Auf solche Weise und durch die Unwirtschaftlichkeit der Arbeitsleistung wird der Arbeitsdrang gehemmt; durch die Absperrung und das Redensverbot der Geist zerrütet. „Einen Monat nach meiner Einlieferung“ erklärt der Sträfling, „war es mir nicht mehr möglich, einen Brief zu schreiben. Ich konnte keine drei Sätze logisch aneinanderreihen.“

Es ist ganz natürlich, daß Sträflinge, neben denen bei der Arbeit ein uniformierter Aufseher mit dem Gewehr auf der Schulter steht, nicht ebenso empfinden und arbeiten können wie solche, die unter freiem Himmel, von einem mit gewöhnlicher Arbeiterkleidung angezogen und fleißig mitarbeitenden Aufseher geführt, ihre Tätigkeit verrichten. Das Beispiel der Aufseher ist für diese Leute von größter Wichtigkeit. Man stellt deshalb einfache Leute in Bihwil als Aufseher an, und unter den 63 Aufsichtspersonen gibt es zahlreiche frühere Sträflinge. „Wir machen die Erziehung“, sagt der Direktor der Anstalt, Kellerhals, „daß ein Mann, der in Ehren ein

Trüpplein Kinder erzieht, meistens auch Verständnis und Liebe für die ihm anvertrauten Gefangenen besitzt. Ungefähr 30 unserer vorerhaltenen Angestellten wohnen auf dem Gut selbst, und ich weiß, daß das Beispiel glücklicher, gestützter, aufwärtsstrebender Aufseherfamilien auf die Gefangenen immer wieder ermutigend und aufrichtend wirkt.“

Das Aufsichtspersonal ist in Bihwil verhältnismäßig zahlreich, weil die Aufseher zugleich Vorarbeiter sind. In dieser Anstalt verbinden sich in glücklicher Weise Landwirtschaft und Industrie. Reizig Prozeß alles dessen, was verbraucht wird, ist in der Anstalt erzeugt; daher ist es möglich, bei der Arbeitsteilung individuell zu verfahren. In der ersten Zeit arbeitet jeder Gefangene unter direkter Aufsicht, die je nach der Ausführung in wenigen Wochen oder Monaten fortfällt. Wer sich schlecht aufführt, bekommt schwerere, langweilige und unangenehme Arbeit, wird auch weiter streng bewacht. Die Gefangenen beaufsichtigen sich auch untereinander, und gerade dadurch wird ihr Verantwortlichkeits- und Pflichtgefühl gestärkt.

Das Kanal-Schwimmen. Aus London wird berichtet: Als Hauptleistung für Schwimmer beiderlei Geschlechts wird heutzutage die Ueberquerung des Meeressarines zwischen Dover und Calais angesehen. Während aber das Schwimmen im allgemeinen ein billiger Sport ist, kostet das Kanalschwimmen viel Geld. Die englische Zeitung „Answever“ schreibt dazu: Die Kosten für einen einzigen Versuch zur Durchschwimmung des Kanals genügen häufig, um damit ein Geschäft zu gründen. Die Schwimmer müssen zum Trainieren und schließlich zur Ueberquerung ein sechsstündiges Dampf- oder Motorboot mieten, das sie dauernd begleitet und ihnen Nahrung und, wenn notwendig, Hilfe zukommen läßt. Der gewöhnliche Preis bei einer Ueberquerung beträgt an Miete für solch ein Fahrzeug 1000 bis 1200 Mark.

Kanalschwimmer müssen auch ihre Trainer und Bootsbegleiter bezahlen. Dazu kommen die Aufenthaltskosten, Hotel usw. während langer Tage, bis endlich der Zeitpunkt zum Schwimmen günstig ist. Ausländer und besonders Amerikaner haben öfters noch die hohen Kosten der Hin- und Herreise. Einige der Kanalschwimmer haben auf solche Weise bis zu 6000 Mark Unkosten verstreut. Natürlich ist es auch vorgekommen, daß ein Londoner Kommissar, wie das kürzlich geschah, einfach nach Dover fuhr und den Kanal ohne vorherige Uebungen und ohne viel Kosten gleich durchschwamm. In diesem Sommer war das Kanalschwimmen zu einer Sportfrage geworden. Eine ganze Anzahl Männer und Frauen machten den Versuch. Teils mit, teils ohne Erfolg. Im nächsten Sommer werden sich zu diesem Sport wohl noch viel mehr Menschen am Kermessanal einfinden.

Die Deutsche Keramik-Gesellschaft eröffnete heute eine Ausstellung von Keramiken und Schallerarbeiten aus keramischen Lehr- und Berufsmitteln, sämtlichen staatlichen und städtischen Kunstgewerkschulen, die Handwerker-Schulen, private Kunstgewerkschulen und Berufswerkstätten sind an der Ausstellung beteiligt.

Ein internationaler Hygienekongreß wurde Dienstag im Berliner Institut Baller eröffnet. Deutschland ist offiziell durch Prof. Dr. Lange vom Reichsgesundheitsamt vertreten. In seiner Eröffnungsrede mißte der Reichsminister vor allem auf die verheerliche soziale Lage in Ost- und Südosteuropa hin, wo nach dem Waffenstillstand die deutsche Gesetzgebung belassen wurde.

Während der Rede des Reichsfinanzministers ereignete sich ein kleines komisches Intermezzo, als Dr. Köhler darauf hinwies, daß nicht nur das Reich seine Verwaltung zu vereinfachen trachte, sondern daß sogar manche Länder bereits den Sparkommissar um Mithilfe bei von ihnen durchzuführenden Sparmaßnahmen ersucht haben, rief Genosse Dr. Herz dazwischen: „Bauern auch?“

Unter allgemeiner Heiterkeit des Ausschusses erwiderte der Minister: „Andere Länder gehen auf anderen Wegen dem gleichen Ziele entgegen.“

Als Dr. Köhler dann im Verlaufe seiner Rede die Frage des Briefes des Reparationsagenten an ihn zur Sprache bringen wollte, erklärte er, daß er diesen Teil seiner Ausführungen nur machen könne, wenn vorher die Vertraulichkeit beschlossen werde. Dieses Verlangen des Ministers rief eine sehr lange und teilweise sehr erregte Geschäftsordnungsdebatte hervor, nach deren Abschluß

die Vertraulichkeit beschlossen wurde nicht nur über die Entstehungsgeschichte des Briefes, sondern auch über seinen Inhalt.

Bevor der Minister dann seine vertraulichen Ausführungen machte, mußten auf Verlangen des Vorsitzenden die sehr zahlreichen Vertreter der verschiedenen Ministerien, die vom Reichsfinanzminister nicht delegiert waren, den Saal verlassen.

Nachdem die Ladung des Wirtschaftsministers und des Reichsbankpräsidenten beschlossen war, vertagte sich der Ausschuß auf Donnerstag.

Das Schulgesetz im Ausschuß.

Neue Zweiminutenrede Reudells ohne Inhalt.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Bildungsausschusses des Reichstages unternahm die Opposition einen neuen Vorstoß, um den Reichsinnenminister zu längeren Ausführungen über die Absichten der Regierung beim Schulgesetzentwurf zu bewegen. Herr v. Reudell redete auch endlich. Er redete zwei Minuten lang. „Ich darf als bekannt voraussetzen“, ich will Wiederholungen vermeiden, „es ist bekannt, daß über die Auslegung des Artikels 149 der Reichsverfassung Zweifel bestehen“, war alles, was dieser Minister in einer so wichtigen Frage zu sagen hatte. Auf die Anfrage, was er eigentlich unter „Deutschem Kulturgut“ versteht, meinte er bescheiden, darüber seien die Auffassungen verschieden.

In der Debatte verlangte Abg. Fleißner (Soz.) von Herrn von Reudell Auskunft darüber, ob die von der Presse gebrachte Mitteilung, daß es in Dresden aus grundsätzlichen und auch aus Zweckmäßigkeitsgründen abgesehen habe, sich über die sächsischen Schulverhältnisse zu äußern, richtig sei. Gegen die mit diesen Worten beabsichtigte Herabsetzung des sächsischen Schulwesens mußte scharfste Verwahrung eingelegt werden.

Abg. Philipp (Dnat.), der aus Leipzig stammt, glaubt den Nachweis erbringen zu können, daß die sächsische Volksschule rechtlich eine Volksschule sei. Er wünscht dann Unterlagen über die Rechtsveränderungen auf dem Gebiete der Schule in den einzelnen Ländern für die Zeit vom November 1918 bis zum Inkrafttreten der Reichsverfassung.

Abg. Heerle (ABD.) macht längere Ausführungen, um wieder einmal die Sozialdemokratie zu „entlarven“. Sie soll dadurch Betrug begangen haben, daß sie sich bereit erklärt habe, durch Anträge den Gesetzentwurf zu verändern. Dabei schlug sich Heerle aber selbst auf den Mund, indem er ankündigte, daß auch die Kommunisten Änderungsanträge einbringen würden.

Abg. Fleißner (Soz.) stellt dann die tatsächlichen Verhältnisse im sächsischen Schulwesen dar. Die Trennung von Kirche und Schule sei vollständig durchgeführt. Die Lehrer sind nicht mehr die Untergebenen der Geistlichen. Es gibt in Sachsen keine einseitigen Schulen mehr, die zweiklassigen sind ebenfalls verschwunden. Ueber die Hälfte aller Schulen sind achtklassig. In Sachen hat sich die Mädchenberufsschule gegen den schärfsten Widerstand landwirtschaftlicher Kreise durchgesetzt. Die Schulverwaltung ist vollständig kollektial und hat sich aufs Beste bewährt. Es gibt in Sachsen keinen förmlichen Widerstand mehr gegen das im Jahre 1919 geschaffene Schulgesetz. Damit muß man die Verhältnisse in Württemberg vergleichen. Dort hat der Landtag vor einiger Zeit die Einführung des achten Schuljahres mit der Begründung abgelehnt, es würden dadurch der Landwirtschaft Arbeitskräfte entzogen werden. Bis jetzt hat man aber noch nichts davon gehört, daß der Reichsinnenminister etwas getan habe, um die darin liegende Verfassungsverletzung wieder gutzumachen. Fleißner verlangt weiter, daß zuerst die Formen der Volksschule festgelegt werden. Die Sozialdemokratie verlangt die Durchführung der Bestimmungen der Verfassung. Danach ist die Gemeindeforschule die Regelschule. Das beweist auch der Kampf, der von konfessionellen Kreisen gegen den Artikel 146 geführt wird. Schöff trat Fleißner dem Verzicht des Ministers entgegen, die Kostenfrage durch Stillbeweisen zu umgehen. Es sei nicht zu schwer, die Unterlagen dafür zu beschaffen. Nach vorliegenden Berechnungen werden rund 500 Millionen Mehrausgaben entstehen, wenn der Entwurf Gesetz werden sollte.

Kunmehr erhebt sich Herr v. Reudell von neuem, aber nur, um zu sagen, es werde später darauf antworten. Dann legt er sich wieder.

Die Sitzung dauert fort.

Kampf der Todesstrafe!

Die Sozialdemokratie kündigt schärfsten Widerstand gegen die Weibehaltung an.

Der Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform trat unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Rahl (D. Vp.) am Mittwoch in die Beratung des fünften Abschnittes des Strafrechtsgesetzes, der die Strafen behandelt, ein. § 33 (Strafarten) lautet: „Die Strafen sind Todesstrafe, Freiheitsstrafe und Geldstrafe.“

Berichterstatter Abg. Rosenfeld (Soz.)

wies darauf hin, daß der Ausschuß mit diesem Abschnitt in die Schuldfrage des ganzen Gesetzentwurfs einträte. Seine Freunde würden der Aufrechterhaltung der Todesstrafe den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Sie sei der Kardinalpunkt des ganzen Entwurfes. An ihm zeige sich, ob er Altes konservieren oder ob er kühn vorwärtschreiten werde, ob er im Mittelalter steckenbleibe oder der neuen Zeit Rechnung tragen wolle, die seit dem Lebendigverbrennen auf eine stetige Weiterbildung abgesehen habe. Schon Feuerbach habe 1804 die Einwände gegen die Abschaffung der rohen Todesstrafe Gemeinplätze genannt. Seit 1912 liehmann diese Frage behandelt habe, sei sie wissenschaftlich nicht mehr bearbeitet worden. Der Redner gab eine Übersicht über die früheren Arten der Todesstrafe und ihre Verschärfungen von der Zeit Karls des Großen bis ins neunzehnte Jahrhundert. In Deutschland wurde in der Verfassung von 1848 die Todesstrafe abgeschafft, aber diese Abschaffung nur in Anhalt, Sachsen, Bremen und Oldenburg aufrechterhalten. Wo die Todesstrafe wieder eingeführt wurde, geschah das nicht, weil man schärfste Erfahrungen gemacht hatte, sondern weil der politische Umschwung zur Reaktion geführt hatte. So war es auch in Frankreich, England, Rußland usw. In Italien sei sie 30 Jahre abgeschafft gewesen; jetzt wolle sie Mussolini wieder einführen. In Österreich sei die Todesstrafe 1787 abgeschafft worden. Sie wurde dann wieder eingeführt, aber 1919 habe die österreichische Nationalversammlung einstimmig die Todesstrafe aufgehoben.

Gegenwärtig hätten in Europa 22 Staaten die Todesstrafe abgeschafft, 24 Staaten nicht. In drei Staaten würde sie nicht vollstreckt. In anderen Staaten sei die Abschaffung geplant. Unter den Staaten, die die Todesstrafe verworfen, befanden sich auch gerade solche, die unferen ähnliche Verhältnisse hätten, z. B. die Niederlande, Norwegen, Desterreich, Schweden und ein großer Teil der Schweiz. Die Gründe, die Bismarck im Norddeutschen Bund für die Todesstrafe angeführt habe, könne man heute schwerlich noch als ausschlaggebend betrachten. Die Todesstrafe dürfe nicht lediglich als strafrechtliche Frage betrachtet werden, sondern sie sei eine Kulturfrage ersten Ranges.

In der Nationalversammlung in Weimar sei die Mehrheit eigentlich für die Abschaffung gewesen, wenn sie auch nicht beschlossen worden sei.

Der Redner bezeichnete die Todesstrafe als einen Fremdkörper in unserer Rechtsentwicklung. Im Reichsrat hätten sich Hamburg, Lübeck, Mecklenburg und Anhalt für ihre Abschaffung ausgesprochen, Braunschweig den Augenblick als nicht günstig bezeichnet. Der Redner gab weiter eine Übersicht über die Beschlässe der Justiztage zu dieser Frage.

Sehrmerktlich habe selbst die Staaten glücklich geurteilt, die jetzt schon so weit sind, daß sie die Todesstrafe haben abschaffen können. (Abg. Dr. Rahl: Deren Kulturstand ein so hoher ist!) Der Redner ging dann auf die Bestimmungen des gegenwärtigen Entwurfs über die Todesstrafe und die Möglichkeit ihrer Verhängung ein. Diese Vorschriften seien gewiß ein Fortschritt gegenüber dem bestehenden Zustande, sie reichen aber nicht aus, um dem modernen Empfinden zu genügen. Die Grenzlinien zwischen Nord und Ostschlag seien äußerst flüchtig. Von dieser flüchtigen Grenzlinie hänge nun die Todesstrafe ab. Dadurch werde ein Faktor der Unsicherheit, ein unstrittiger Faktor in diese Entscheidung hineingetragen. Die Bibel könne hier nicht als Rechtsquelle gelten: Ihre Aussprüche würden für und wider die Todesstrafe verwendet. Schleiermacher sei Gegner der Todesstrafe gewesen. Auch die Philosophen seien getrennter Meinung gewesen: Nichts dagegen, Kant dafür. Von unjeren Klassikern sei Schiller gegen, Goethe für die Todesstrafe gewesen.

Die Sitzung geht weiter.

Die reaktionären Deutschnationalen.

Der „Bayerische Kurier“, Organ der Bayerischen Volkspartei, schreibt zu der von uns veröffentlichten Rundgebung der Deutschnationalen, in der sie auf ihre führende Rolle in der Deutschnationalen Partei pochen:

„Diese Forderungen und die damit verknüpften Erinnerungen haben die deutschnationale Parteileitung in eine peinliche Lage versetzt. Die „Deutschnationalen“ bilden jene Gruppe der Deutschnationalen Partei, die besungen in den Auffassungen des preussischen „Konservatismus“ jede positive Mitarbeit am gegenwärtigen Staat ablehnen und deshalb auch die von der Deutschnationalen Partei anerkannten Regierungslinien grundsätzlich verwerfen. Die Bewilligung der von den Deutschnationalen gestellten Forderungen würde also selbstverständliche Rückwirkungen auf die „Regierungstätigkeit“ der Deutschnationalen ausüben. Auf der anderen Seite befindet sich die Deutschnationale Partei auch jetzt noch (wie gerade die Königsberger Tagung gezeigt hat) in einer starken agitatorischen Abhängigkeit von der „Konservativen“ (richtiger „reaktionären“) Ideologie der Befürworter eines nach altpreussischen Mustern eingerichteten Staates.“

Der reaktionäre Charakter der Deutschnationalen bestätigt von — der Bayerischen Volkspartei!

Die kaisertreue Reichsbahn.

Der Salonwagen für Hermine.

Hannover, 26. Oktober. (Eigenbericht.)

Eine ganze Reihe von Bahnhofsvorstehern der Deutschen Reichsbahngesellschaft, also Reichsbeamten, ist gegen gemessene Fürsichtigkeiten und solche, die sich dafür ausgeben, sehr zuvorkommend. „Prinz“ Domela konnte ja geradezu Wunderdinge von seinen Empfängen auf den Bahnhöfen in Berlin und Halle usw. erzählen. Beamte, die es mit Prinzen und Fürsichtigkeiten besonders gut meinen, gibt es, wie sich jetzt wieder gezeigt hat, auch in Hannover. Der ehemalige Haupt- und Residenzstadt ist nämlich dieser Tage besonderes Heil widerfahren. Die „Kaiserin“ Hermine, Gemahlin Wilhelms von Doorn, beehrte Hannover nämlich mit ihrem Besuch. Folgendes Diensttelegramm der Reichsbahn gibt davon Kenntnis:

Der Salonwagen der Gemahlin Kaiser Wilhelms II. ist am 24. Oktober mit Leerszug 78 vom Pferdturn heranzubringen und in Gleis 7a aufzustellen. Der Wagen muß vorgeheizt sein. Abfahrt mit Zug 236 um 8.40 Uhr. Station Hannover. gez.: Jürgens.“

Abgesehen von den Kosten, die durch Stellung dieses Salonwagens entstehen (der Wagen ist schon seit Sonnabend abend in Dienst gestellt und von da ab bis Montag vorgeheizt worden) muß man doch den Telegrammstil dieses republikanischen Beamten bewundern und besonders seine Sorge um sein körperliches Wohlergehen der Frau Hermine, die es noch wie vor als Kaiserin anredet.

Der ganze Vorfall ereignete sich an dem Tage, an dem das Reichskabinett beschloß, aus Organisationsgründen eine Teilnahme an Festlichkeiten einzuschränken. Doch die sonst so sparsame Reichsbahn scheint für die Liebediensterei an beinahe gekönt gewesenen Häuptern unbefchränkte Mittel zu haben.

Kämpfe am Jangtseliang.

London, 26. Oktober.

Nach amtlichen Informationen, die aus China eingegangen sind, scheinen die Kanton-Truppen auf beiden Seiten des Jangtseliang vorzurücken. General Tschengtschang befehligt die Truppen auf dem Südufer und hat Wuhu am Jangtseliang erreicht. Sein Ziel ist die Ausschaltung des Generals Teng, der angeklagt wird, ein „Militarist“ zu sein. Teng hat seine eigenen Truppen ebenfalls mobilisiert. Einem Bericht aus Kanton zufolge hat sich General Teng für den Norden erklärt.

Zum Ministerialdirektor im preussischen Handelsministerium ernannt wurde der Ministerialrat Dr. Hans Staudinger aus dem Reichswirtschaftsministerium. Genosse Staudinger war zuerst im Kriegsernährungsamt tätig, wurde 1920 von dem damaligen Wirtschaftsminister Genossen Robert Schmidt in das Amt gerufen und arbeitete dort unter verschiedenen Ministern. Die Anerkennung, die er sich dabei durch sein sachliches Können erworben, macht ihn zu der Stellung, die er jetzt einnehmen soll, besonders geeignet. Er wird die Abteilung V des Handelsministeriums leiten, der die Fragen des Verkehrs, der Elektro- und der Wasserwirtschaft zugeordnet sind.

Eine unverfälschte „Dame“.

Sie hatte bessere Tage gesehen. Ihr Mann war Quisquaterwatter. Die Familie lebte in auskömmlichen Verhältnissen, man konnte sich eine Hausangestellte halten. Nach dem Tode des Mannes mußte sich die „Dame“ einschränken. Aber auch in dem auf das äußerste verkleinerten Haushalt konnte die „Dame“ die seit sechs Jahren in der Familie beschäftigte Angestellte nicht entbehren, obgleich die Mittel recht knapp waren. Außer ihrem sehr bescheiden Unterhalt bekam die Angestellte einen Monatslohn von 10 Mark. Da sie damit nicht auskommen konnte, mußte sie neben der Hausarbeit für ihre „Dame“ noch eine Aufwartestelle bei anderen Leuten versehen. Doch schließlich kam es zum Bruch, und die Angestellte trat ihrer „Dame“ als Klägerin vor dem Arbeitsgericht gegenüber.

Der Klägerin stand ihr Brantigam als Prozeßbevollmächtigter zur Seite. Mit einem hochmütigen Blick auf ihn sagte die Beklagte: „Ich habe doch mit dem Herrn gar nichts zu tun.“ — „Hier haben Sie mit ihm zu tun“, erwiderte der Richter, „denn er ist bevollmächtigt. Uebrigens brauchen Sie ja nicht mit ihm zu reden, sondern Sie sprechen zu mir.“ Im weiteren Verlauf der Verhandlung zeigte sich, daß die „Dame“, anstatt sachlich auf die Forderungen der Klägerin zu erwidern, in einer nichts weniger als noblen Art die Klägerin persönlich herabzuziehen suchte. „Auf dem Gut“ sagte die Beklagte, „hat sie sich mit Kerls herumgetrieben, und diese Kerls...“ — „Herren, Herren“, warf der Richter verweisend ein. Darauf die Beklagte: „Das waren ja Quisquaterwatter.“ — Der Richter: „Auch das sind Herren.“

Die „Dame“ glaubte wohl einen besonders wichtigen Schlag gegen die Klägerin zu führen, indem sie ihr zurief: „Sie haben ja mit meinem Mann Ehebruch getrieben.“ — Der Richter: „Hören Sie, Beklagte, weil Ihr Mann tot ist, will ich nicht sagen, was ich sonst hierüber zu sagen hätte, aber er wird doch das Mädchen verführt haben.“ — „Sie hat doch Ehebruch getrieben“, beharrte die Beklagte. — Die Klägerin fand schluchzend auf einen Stuhl.

Bei dem Rechtsstreit handelte es sich vorwiegend um ein wahrheitsgemäßes Zeugnis, das die Klägerin verlangte. Die Beklagte wollte es so hinstellen, als ob die Klägerin ihre Untermieterin und nur so nebenbei im Haushalt tätig gewesen sei. — Dazu jagte der Bevollmächtigte der Klägerin, diese habe die ganze Hausarbeit gemacht. Mit der Untermiete, das sei nur eine Scheibung. Die Beklagte bekomme Unterstützung vom Wohlfahrtsamt. Die würde ihr nicht bewilligt worden sein, wenn sie sich eine Hausangestellte hätte. Lediglich der Unterstützung wegen sei die Klägerin als Untermieterin angemeldet. — Da die Beklagte das bestritt, sagte der Richter mit Nachdruck: „Dann werde ich die Angelegenheit dem Wohlfahrtsamt mitteilen. Wenn das wahr ist, was hier behauptet wird, dann haben Sie sich ja des Betruges schuldig gemacht.“

Nun wurde die „Dame“ etwas kleinlaut. Sie erklärte sich schließlich bereit, ein Zeugnis, wie es die Klägerin wünscht, auszustellen. Der Rechtsstreit wurde dann durch einen Vergleich beigelegt.

Selbstmord eines Mittelschullektors.

Pasanten hörten heute vormittag im Treptower Park in der Nähe der großen Spielwiese einen Schuß fallen. Wenige Minuten später fand man in den Anlagen einen querschnittenen Mann in mittleren Jahren, der mit einem Kopfschuß tot auf der Erde lag. Die rechte Hand hielt noch die Waffe umklammert. Eine Polizeistreife wurde alarmiert, die den Toten in das Budower Krankenhaus schaffte. Der Schuß war auf der Stelle tödlich. Wie aus vorgehenden Papieren ersichtlich, handelt es sich bei dem Toten um den 37jährigen Mittelschullektor Adolf Blener, der in der Kaiser-Friedrich-Straße 60 zu Neukölln wohnt. Die Gründe, die zu dem Verzweiflungsschritt veranlaßt haben, sind noch ungeklärt.

Gemeinsam in den Tod.

Aus dem Teltowkanal in der Nähe des Städtchens Teltow wurden heute vormittag die Leichen eines Mannes und einer Frau, die sich mit einem Strid die Hände zusammengebunden hatten, geborgen. Nach den polizeilichen Ermittlungen handelt es sich um eine 27jährige Hausangestellte Ida Depsin, die in Teltow beschäftigt war, und um den 29jährigen H. Dämke aus Schönauke in Schleien. Einer ehelichen Verbindung standen Hindernisse im Wege, so daß beide den Plan faßten, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Die Leichen wurden polizeilich beschlagnahmt und in die Teltower Friedhofshalle geschafft. Der Wächter einer Teltower Fabrik will kurz nach Mitternacht ein Aufplätschen im Wasser und einen lauten Schrei gehört haben. In der Dunkelheit war es ihm aber unmöglich, irgend etwas zu unternehmen.

Das Vereinsgebü.

Eine lustige Geschichte hat sich in diesen Tagen in einer kleinen Gemeinde unweit Bilsen zugetragen. Die stramme Musikkapelle des Ortes, die in der Zeit der Erntefeste, der Weinlese, der Rekruten- und Kirmesfeste stark gebraucht wird, hatte einen ausgezeichneten Bläser, der aber das Pech hatte, keine Zähne mehr zu besitzen, aber kein Geld hatte, sich ein solches Gebü zu beschaffen. So blies er eine trübliche Melodie und war daran, den Musikerberuf an den Nagel zu hängen. Da sah der Verein, dem die Kapelle gehört, den schönen Entschluß, dem Mitglied ein Vereinskosten ein Gebü machen zu lassen. Freudestrahlend erschien daher bald wieder der Bläser am Podium. Weil er sich aber jetzt seiner Künstlerkraft bewußt war, und weil auch Zwischenseiten ausgetrocknet waren, ging er, packte seine sieben Sachen und gründete in der Nachbargemeinde eine eigene Musikkapelle. Der Verein war darüber ergrimmt und forderte nun von dem Mann das „Vereinsgebü“ zurück, was der Meister natürlich verweigert. Man streitet sich nun zum Gaudium der ganzen Gemeinde weiter und ist auf den Ausgang gespannt.

Ein reichsbannerfeindlicher Wirt. Wie uns von zuverlässigen Reichsbannerkameraden aus dem Norden Berlins mitgeteilt wird, hat der Gastwirt Ray in der Schönhauser Allee, Ecke Magerstraße, Reichsbannerkameraden aus seinem Lokal geworfen. Einige Reichsbannerkameraden verkehrten seit Jahren in diesem Lokal. Vor einigen Monaten übernahm Herr Ray das Lokal. Als einige Reichsbannerkameraden von Andersdenkenden angepöbeln wurden, wies der Wirt nicht die Ruhestörer aus seinem Lokal, sondern die Reichsbannerkameraden. Scheinbar hat Herr Ray kein Interesse daran, Republikaner als Gäste zu haben. Sie werden diesen feinen Wunsch zu würdigen wissen.

Ein falscher Studienaffessor trieb eine Zeitsung in Berlin und auf dem Lande sein Umwesen. Er suchte Professoren höherer Lehranstalten auf, bot sie um Rat für eine wissenschaftliche Arbeit oder um Beschaffung einer Hauslehrerstelle und bestahl sie, wenn man ihn einen Augenblick allein ließ. Auch als Hauslehrer verübte er Diebereien und verschwand dann. Durch Wechselstellungen verschaffte er sich wiederholt kleinere Beträge. Während er hier noch gelacht wurde, tauchte er jetzt plötzlich in Karlsruhe auf, wurde dort ergriffen und als ein 30 Jahre alter Rudolf Tiffener festgenommen, der das Viktorientenexamen gemacht, aber nicht studiert hat. In Berlin Beschädigte können sich bei der Dienststelle D. 2 im Polizeipräsidium melden.

Die Wirtschaftslage Drust Österreichs bespricht am Sonntag, dem 21. 10. Uhr, im Rhein-Saal, Handelskammergebäude Dr. Gehlich-Schlag auf Einladung des Österreich-Deutschen Volksbundes. Gäste willkommen. Karten unentgeltlich im Volksbund, Roonplatz 19.

Seltene Vögel in Deutschland.

Die Ortsgruppe Groß-Berlin des Bundes für Vogel-schutz hielt im großen Hörsaal des Zoologischen Instituts ihre Herbstversammlung ab, in der Kandidat Detlev Müller über seltene Vögel sprach. So erfuhr man, daß der Stein-oder in Deutschland ausgestorben ist. Von den Schwärzstörchen brüten noch 10-15 Paare in Deutschland, vom See-oder haben wir noch 20 Paare, und vom Nachtigallswirrl sind noch einige wenige Paare vorhanden. Der Kleibird scheint, seitdem es verboten wurde, seine Eier zu sammeln, wieder zugenommen zu haben. Durch prächtige Bilder, die Horst Siwertz herstellte, wurde der Nachtigallswirrl, der zwei Bruten im Jahre abgibt, in allen seinen Lebensgewohnheiten dem Zuschauer bekannt gemacht. Ebenso lernte man die Seeabter ziemlich genau kennen, die ihre Brut nicht verteidigen, ihren Horst aber erfreulicherweise auf den Bäumen in solcher unerstlicher Höhe anlegen. Wahrhaft anmutige Bilder berichteten vom Wendehals, dessen Halsverdringung, die übrigens die Schreckstellung des Vogels ist, ihm seinen Namen eintrug. Die alten Griechen kannten diesen Vogel schon sehr gut; sie legten ihm nach, er führe Liebende zusammen. Ingenieur Hermann Hähne brachte dann eine filmische Berichterstattung aus dem Tierleben, die sowohl in den bayerischen Wald wie in die Arktis und in italienisches Naturreservat führte. In letzterem war sehr schwer zu arbeiten, denn wenn man dort Tiere photographiert, wintern die Italiener Spione.

Verwaltungspolizei zur Befolungsreform.

In Haavelands Besitzungen fand kürzlich eine Protestversammlung der Verwaltungspolizeibeamten Berlins statt, in der zu der geplanten Befolungsneuregelung Stellung genommen wurde. Zahlreiche Vertreter aus der Provinz nahmen an der Kundgebung teil. Es wurde eine Resolution angenommen, die u. a. folgendes besagt: „Die verammelten Verwaltungspolizeibeamten erheben schärfsten Protest gegen die Art der geplanten Befolungsneuregelung, weil sie in der Eingruppierung der Verwaltungspolizeibeamten ungenügend und ungerecht und bei den Befolungssätzen völlig unzureichend ist. Die Anwesenden verlangen einmütig, daß die vom Preussischen Polizeibeamten-Verbande den maßgebenden Stellen vorgelegten Einfühlungsforderungen unter Berücksichtigung der vom Deutschen Beamtenbund geforderten Gehaltsätze unbedingt erfüllt werden.“

Frauenwirken in Berlin.

Der Stadtverband der Berliner Frauenvereine eine Gründung von Frau Anna von Gierke und Dr. Alice Salomon, hatte am Sonnabend zu einer Tagung in den Räumen des Künstlerhauses eingeladen. Es sollte ein festliches Beisammensein bei Kaffee und Kuchen sein, bei dem die Fragen des Berufes und der Fortbildung der Frau besprochen und als Willensstützung den Delegierten mit auf den Weg gegeben wurden. Da 40 führende Frauenvereine diesem Verband angegliedert sind, darunter solche von bekanntem Namen wie die der Berliner Hausfrauenvereine, des Vette-Vereins, des Jüdischen Frauenbundes, des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (Staatsbürgerinnenverband) u. a., so erzieht man schon, daß die Sache sehr umfangreich ist, wenn auch die Wege und Ziele dieser Frauen sich weit von dem Denken der proletarischen Frau entfernen. Aber das Wirken dieser Frauenvereine, die die Gleichstellung der Frau im öffentlichen Leben betonen und fordern, die nicht zuletzt auch das charitative Wirken (Krankenhauspflege u. a.) als Frauenberuf organisiert, nimmt in unserer Gesellschaftsordnung einen sehr breiten Raum ein. Die sehr temperamentoollen Ausführungen der Rednerinnen, aus denen sich besonders die Rede von Frau Martha Dönhoff (WdB.) mit ihrer Forderung der Heranziehung der Frau zur Kommunalarbeit hervorhebt, ebenso die Rede von Frau Dr. Salomon, die über den Frauenberuf als Ersatz für Mutterpflichten und Eheleben sprach, waren im Sinne fortschrittlicher Entwicklung gehalten. Nur vergessen diese Frauen — der Fehler jeder intellektuellen Betrachtungsweise —, daß sich für Millionen von Frauen nicht im entferntesten ein Teil solcher Wünsche erfüllen läßt, einfach aus dem Grunde, weil die sozialen Verhältnisse Widerstand und Willen unterbinden. Es fehlt bei Arbeiterfamilien das Geld, ihren Kindern diese Art von Berufsbildung zu lassen; auch ist die arbeitende Frau als Mitverdienerin der Familie noch Arbeitslos kaum imstande, sich den intellektuellen Frauen zuzuwenden. Nur an der Seite ihres gemerktschaftlich und politisch organisierten Mannes wird die Arbeiterfrau das Problem der „freien Frau“ zu lösen imstande sein.

Der Hauptauschuh für Arbeiterwohlfahrt e. V. veranstaltet bei genügender Beteiligung auch in diesem Jahre einen Nachschulungslehrgang für männliche Wohlfahrtsbeamte. Für die Zulassung zu dem Lehrgang ist Bedingung: drei Jahre hauptberufliche Tätigkeit in der Wohlfahrtspflege. Die Bemerkungen sind umgehend an den Hauptauschuh für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8, zu richten. Der Kursus findet voraussichtlich am Seminar für Jugendwohlfahrt an der Hochschule für Politik, Schinkelplatz 4, statt. Beginn etwa am 10. November d. J.

Billige Fischtage. Vom Mittwoch, 26. Oktober, und folgende Tage findet ein preiswertes Verkauf von Salzheringen statt. Es kommen zur Abgabe: englische und deutsche Fetherlinge, das Stück 5 Pf., 12 Stück 50 Pf. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht und befinden sich in den Ladengeschäften, in den Markthallen und auf den Wochenmärkten. Da nur ein beschränkter Vorrat vorhanden ist, so empfiehlt es sich, den Einkauf zu beschleunigen.

Die Starterliste für das 19. Berliner Sechstagerrennen. hat bekanntlich vom 8. bis 9. November im Sportplatz vor sich geht und der Abbruch der kurzen Winter-Adressen-Salons in der Reichshausstraße bildet, ist namentlich bis auf einen Fahrer fertiggestellt und zeigt folgendes Bild: Bambis—Jacquard (Frankreich), van Kempen (Solland)—Demol (Belgien), D. Veris—Dunoyer (Belgien), Amari—Tanaga (Niederlande), Tenant (Niederlande)—Knappe (Solland), Hoellmeel (Belgien)—Lies (Berlin), Gharlier (Belgien)—Bauer (Berlin), Kroll—Meibe (Berlin), Koch—Kuchenspann (Berlin), Kausch—Kurlan (Röln), Ueber—Krauschel (Berlin), Torn—Nidri (Berlin), Kubi—Wette (Berlin), Debrandt (Berlin). Die Befehle sind als vorläufig zu bezeichnen und steht hinter der letzten Berliner „six days“ nicht zurück.

Zersplitterung des Arbeitsnachweises.

Der Reichsarbeitsminister begünstigt sie.

Das Arbeitsnachweisgesetz vom 22. Juli 1922 bestimmt, daß die gewerksmäßige Stellungsvermittlung mit dem Jahre 1930 aufzuheben ist. Dagegen gelang es nicht, die sogenannten nicht-gewerksmäßigen Arbeitsnachweise, das sind die der wirtschaftlichen Verbände, der karitativen Vereinigungen usw., zu beschränken. Der Versuch der freigewerkschaftlichen Vertreter im Reichswirtschaftsrat, auch diese dem Verbot zu unterstellen, scheiterte an dem Widerstand der Unternehmer und der anderen Gewerkschaftsgruppen. Die christlichen und die nationalen Angestelltenverbände brauchen die Vermittlungsstellen ihrer Verbände zum Zwecke des Mitgliedererwerbs. Das trifft namentlich für die Angestellten im Handel und im Gastwirts-gewerbe zu.

Nach dem jetzt geltenden Recht können derartige Arbeitsnachweise bestehen bleiben, beziehentlich neu errichtet werden, wenn sich ergibt, daß nach „Eigenart des Berufes zum mindesten für einen nennenswerten Teil der Beteiligten

die Arbeitsvermittlung auf absehbare Zeit besser durch eigene Einrichtungen als durch öffentliche Arbeitsnachweise ausgeübt wird.“

Nun hat vor kurzem der „Bund der Hotelangestellten“ (christlich) den Antrag gestellt, seinen bereits aufgegebenen Arbeitsnachweis in Berlin wieder betreiben zu dürfen. In Wirklichkeit hatte er allerdings widerrechtlich im geheimen weiter vermittelt. Das Landesarbeitsamt lehnte auf Grund sorgfältiger Prüfung den Antrag ab. Die allgemeine Behauptung, daß der öffentliche Arbeitsnachweis für das Gastwirts-gewerbe in Berlin schlecht funktioniere, daß dort kein qualifiziertes Personal vermittelt werde, konnte einwandfrei widerlegt werden. Hierauf ist der Verwaltungsrat des Reichsarbeitsamtes mit der Sache befaßt worden, und auch dieser hat sich gegen die Errichtung ausgesprochen. Nun erfolgte Beschwerde an den Reichsarbeitsminister, und hier fand der Bund verständnisvolles Entgegenkommen:

die Errichtung der Stellungsvermittlung wurde genehmigt.

Auf eine Anfrage des Zentralverbandes der Hotelangestellten erklärte der Minister, es sei „eine Ermessensfrage“, ob in gegebenem Falle die Voraussetzungen des § 46 zutreffen. Der Herr Minister ist zu dem Ergebnis gekommen, daß sie vorliegen, damit punktum. Wie er zu diesem Ergebnis gekommen ist, sagt er nicht, und das wäre doch gerade das Interessanteste gewesen.

Welche Gründe könnten für den Minister maßgebend gewesen sein? Die „Eigenart des Berufes“ etwa? Eine reichlich abgeherrschte Phrasen der gewerkschaftlichen Unternehmer, mit der sie jede Reformbestrebung bekämpfen, mit der sie selbst für die Erhaltung der gewerkschaftlichen Stellungsvermittlung einstreiten sind. Die Unternehmer haben ein großes Interesse an der Zersplitterung des Arbeitsnachweises. Hier begegnen sie den verein-

scapitischen „Belangen“ des christlichen Verbandes, dem der Herr Minister durch seinen Entscheid helfend zur Seite springt.

Und die Zahl der Beteiligten? Nun, der freigewerkschaftliche Zentralverband zählt in Berlin rund 6000 Mitglieder, der Bund höchstens 600. Der städtische Arbeitsnachweis vermittelte im 1. Quartal 1927 neben 14793 Ausschüssen 3774 feste Stellen, gegen den gleichen Zeitabschnitt 1926 ein Mehr von 3267 Ausschüssen und von 1166 festen Stellen. Die vorhergehenden Vierteljahresberichte zeigen ebenfalls eine dauernde Steigerung der Vermittlungstätigkeit des städtischen Nachweises. Die Mitglieder des Bundes nehmen natürlich auch diese in Ansp. mit der Benutzung ihrer Sonder-einrichtung haben sie sozusagen zwei Chancen. Die Werbung der Mitglieder geschieht im „Bund“ und ähnlichen Vereinen mit Hilfe des Arbeitsnachweises, gleichgültig, ob dieser wirklich viele Stellen zu vermitteln hat. Das ist des Bundes Kern, das ist der Grund, weswegen der christliche Bund seinen Stellennachweis weiter betreiben will. Für die Gesamtheit der Gehilfen ist

die vom Minister sanktionierte Zersplitterung des Arbeitsnachweises von großem Nachteil.

Die Vermittlung nach den Offeseekadern, die der „Bund“ als seine besondere Aufgabe hinstellt, geschieht nach Vereinbarung zwischen den Stellener und den Berliner städtischen Arbeitsämtern durch beide Stellen. Der christliche Bund stört die reibungslose Betätigung dieser beiden geleglich hierfür vorgesehenen Institute. Der Herr Minister sollte wissen, daß letztenendes alle diese Verbände nachweise Sonderinteressen verfolgen. So mußte kürzlich der Arbeitsnachweis des Reichsbundes nationaldeutscher Arbeiter- und Werkvereine geschlossen werden, weil er Arbeitsuchende gegen ihren Willen zwingt, Mitglied des Verbandes zu werden. In der gleichen Weise arbeitet der Arbeitsnachweis des Stahlhelms in Neubrandenburg.

Was das Fortbestehen der Arbeitsnachweise des christlichen Kellnerbundes vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus ganz besonders bedampfungswert macht, das ist die Tatsache, daß bei Tarifverhandlungen, die der Bund oft in Gemeinschaft mit der freigewerkschaftlichen Organisation abzuschließen hat, der erstere in Rücksicht auf seinen Nachweis, für den er ja die Unternehmer als Kunden braucht, diesen gegenüber zur Nachgiebigkeit in einem Maße bereit ist, die sich für die Gehilfen in einer sehr schädlichen Weise auswirkt. Auch wehren sich die Bündler stets gegen die Aufnahme einer Bestimmung in den Tarif, wonach die Unternehmer verpflichtet werden sollen, die öffentlichen Arbeitsnachweise zu benutzen.

Der Grundgedanke des Arbeitsnachweisgesetzes, Herr Minister, ist aber doch gerade der, daß mindestens nach und nach die über das ganze Reichgebiet verbreiteten öffentlichen Arbeitsnachweise die alleinige Vermittlung von Arbeitskräften betätigen sollen. Diese Grundgedanken durchkreuzt der Minister selbst durch seine Bevorzugung bestimmter Verbandsnachweise.

Zur Wiedereinstellung der Brauereiarbeiter.

Wie uns von zuständiger Stelle berichtet wird, sind in allen Betrieben der Engelhardt-Brauerei die am Streik beteiligten Arbeiter wiedereingestellt und keine Streikbrecher mehr beschäftigt.

Ueber einige Differenzen in anderen Brauereien wird noch berichtet, falls die Verhandlungen darüber kein befriedigendes Ergebnis zeitigen.

Streikbrechermoral.

„In christlicher (evangelischer) Liebe“

Schickt uns ein Herr Alfred Lohse aus der Marienburger Straße ein von stiftlicher Entrüstung geläutetes Schreiben, worin er sich darüber beklagt, daß er, der während des Streiks in der Schüttschlag-Pagenhofer-Brauerei, Schönhauser Allee, als Arbeitswilliger in Arbeit trat, nach Beendigung des Streiks wieder entlassen wurde. Daraus macht der Mann dem „Vorwärts“ einen Vorwurf, weil wir in Nr. 500 berichteten, daß in dieser Brauereibteilung am Donnerstag, dem 20. Oktober, nach 21 Streikbrecher beschäftigt waren, die inzwischen entlassen wurden; weiter aber den wieder an ihre Arbeitsstelle zurückgeführten Streikenden, weil sie ihn nicht als neuen Mitarbeiter anerkennen konnten, sondern ihn in der Rolle betrachteten, die er in dem Kampfe der Brauereiarbeiter übernommen hatte.

Was uns diese Angelegenheit erwähnenswert erscheinen läßt, ist der Umstand, daß der Betreffende sich seiner traurigen Rolle, die er in dem Brauereiarbeiterstreik spielte, nicht bewußt zu sein scheint. Weil er als verheirateter Kaufmann von 44 Jahren seit Anfang Februar arbeitslos war, glaubte er sich berechtigt, sich sofort, nachdem die Brauereien durch Plakataufhängungen an Stelle ihrer streikenden Arbeiter Streikbrecher suchten, zu melden. Er will als Notbehelf zur Pferdepflege eingestellt worden sein, trotzdem die Streikenden die Pferdepflege als Notarbeit anerkannten und die Notarbeiten verrichten ließen. Nach Beendigung des Streiks wurde Lohse als Flaschenkellerarbeiter beschäftigt, bis er „aus der mühselig gehaltenen Arbeit verdrängt“ wurde. „Ich werde jede Gelegenheit suchen und auch benutzen, das mir schändlich Angetane weiter zu verbreiten.“

Die einfache Ueberlegung, daß er sich dazu hergegeben hat, „den um ausreichendere Löhne kämpfenden Streikenden in den Rücken zu fallen, daß er derjenige war, der einen der letzten Jahren in der Brauerei beschäftigten Arbeiter „aus der mühselig gehaltenen Arbeit verdrängen“ wollte, kommt diesem christlichen Manne nicht in den Sinn.

Auch ein christlicher Berliner Kaufmann, zumal wenn er 44 Jahre alt geworden ist, muß wissen, daß er sich zum Vertreter an den Interessen der Arbeitnehmerschaft macht, wenn er Streikenden in den Rücken fällt, sich zu der schmutzigen Rolle eines

Streikbrechers hergibt. Arbeitslosigkeit ist keine Entschuldigung dafür, und nur völliger Mangel an Charakter eine dürftige Erklärung für den Streikbruch. Großer Egoismus aber ist von christlicher Nächstenliebe himmelweit entfernt.

Neuer Manteltarif der Autoflicker.

Anrufung des Schlichtungsausschusses in der Lohnfrage.

Der Metallarbeiterverband hatte, einem Antrag der letzten Branchenversammlung entsprechend, den Lohn- und Manteltarif der Berliner Autoreparaturflicker zum 31. Oktober gefündigt und neben einer Verbesserung der sozialen Bestimmungen des Manteltarifs eine namhafte Lohnerhöhung gefordert. Bei den Verhandlungen mit der Interessengemeinschaft Berliner Automobilreparaturwerkstätten verweigerte die Unternehmer, das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei der Verteilung der Wochenarbeitszeit auf die einzelnen Werkzeuge zu beibehalten. Da dieses Ansuchen von der Verhandlungskommission energisch zurückgewiesen wurde, mußten die Unternehmer diesen Plan in der Beriefung verschwinden lassen. In der Ueberstundenfrage wurde eine ähnliche Anomachung getroffen, wie sie der BMM-Larif vorsieht. Alle anderen Bestimmungen sind im wesentlichen aus dem alten Tarif übernommen worden. Der Manteltarif soll vom 1. November 1927 bis zum 31. März 1928 gelten.

Schwieriger gehaltenen sich die Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne und über die Laufzeit des Lohnabkommens. Die Unternehmer waren nur zu einer Zugabe zu bewegen, die für die ersten drei Gruppen 5 Pf., für die vierte Gruppe 4 Pf. und für die letzten drei Gruppen 3 Pf. pro Stunde betrug. Das Lohnabkommen soll bis zum 31. Januar 1928 gelten.

Zu diesem Verhandlungsergebnis nahm am Montagabend eine gut besuchte Versammlung der Automobilflicker im „Rosenthaler Hof“ Stellung. Der Manteltarif wurde von der Versammlung angenommen. Nicht einverstanden war die Versammlung jedoch mit dem Lohnangebot der Unternehmer, wonach ein gelernter Rotorenflicker einen Stundenlohn von 1,05 Mark erhalten würde.

Nach einer längeren Debatte wurde die Organisation beauftragt, den Schlichtungsausschuh anzurufen und dort zu verhandeln, eine höhere Lohnzulage durchzusetzen.

Genosse Kiedel vom Metallarbeiterverband forderte die Versammlung auf, in den Betrieben eine regere Agitation für die Organisation zu betreiben, damit endlich mit diesen miserablen Löhnen, die eines Facharbeiters unwürdig sind, ausgedrückt werden kann. Die Löhne in der Berliner Motorreparaturbranche zeigen, daß das Sparen der Verbandsbeiträge ein Sparen am falschen Platze ist und nur den Unternehmern zugute kommt.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Altmuth; Gewerkschaftsbewegung: H. Höhn; Revolution: Dr. John Schimanski; Satire: und Sonstige: Fritz Kahlert; Anzeigen: H. Glöck; Schriftlich in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Taul Sinter u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

TRAURINGE
1 Ring Dukatengold (900 gest.)
zum Reklamepreis von Mk. 18.—
Gediegen und modern Mk. 22.—
Schwere Ausführung Mk. 28.—
1 Ring (845 gest.)
Gediegen und modern Mk. 12.—
Schwere Ausführung Mk. 18.—
8 Karat. Ring v. Mk. 4.— bis 7.— p. Stück.
Gravieren gratis zum Mitnehmen.
N 24, Artilleriestr. 30
W. Passauer Str. 12
Ges. reschützt Hermann Wiese, Berlin
Ständig ca. 3000 tadellose Trauringe am Lager.

500 Landparzellen
v. 60 Pl. bis 1,75 pro □m direkt am
Bahnhof Ahrensfelde II. Verkauf täg-
lich im Bahnhofrestaurant Büttner.
Nur noch wenige Parzellen
ca. 20 Min. v. Bf. Fredersdorf, 40 Pl. p.
□m an Verk. Sonntag, Dienst u. Sonn-
abends i. Restaurant „Zu den drei Linden“
Rieger, Berlin C. 25, Prenzlauer Str. 31/1

Zuverlässige
billige
und
gute Stiefel
gibts bei
H. Bähr
Berlin, Spittelmarkt 7

Bevor Sie Tapeten kaufen!
müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma
Tapeten-Stahlke
Lindower Straße 5
im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Unter-
grundbahn-Station Wedding gesehen haben.
4 Schaufenster lichtbeständige Tapeten
mit billigen Engrospreisen überzeugen.
Durch wasserdichten Engrosverkauf 40%
Ersparnis! — Der weiteste Weg lohnt!

Wettannahme des Union-Klubs
Berlin NW 7, Schadowstraße 8, part.
Volle Totalisatorquote ohne Abzug
Wettbestimmungen
auf Wunsch kostenlos. — Postaufträge und Anträge
auf kostenlose Einrichtung von Konten nur an die
Zentrale Schadowstraße 8.
Tel.-Adr.: Wettannahme Berlin Schadowstraße 8.

Ideal für den Sport.
Billig, modern
schick, gesund
angenehm
praktisch
CREPE-SOHLN
Nicht kalutzupiege
Seid sparsam und klug, verlangt nur die Konten
auf der Plantage selbst fertig hergestellt
ORIGINALCREPE-SOHLN

Verlangen Sie stets
Garantieschein der geschlossenen
Patent-Ketten-Matratze
mit Stempel Original-„Belma“ sowie
Ruhebetten m. verzinkt. Belma-Ped.
ohne Einstellen. Für schwerste Belast.
Kette einlegen. 20 Jahre Garantie.
Überall erhältlich.
Berliner Feder-Matratzen-Fabrik
Berlin O. 27, Krautstraße 4-5
Metallbetten 10.50
Schlafchaiselongues 24.-
Plüschsofas 30 M., Ratenzahlung
Göhr Berlin, Pappelallee 12
Pankow, Schmidtstr. 1
frei jeder Bahnstation.